



4. Einzelinitiative Kaspar Wohnlich "Kauf Areal Wasserfurren durch die Stadt Dübendorf zwecks Nutzung für preisgünstige Wohnungen nach dem Kostenmiete-Prinzip" / Überweisung an den Stadtrat nach vorläufiger Unterstützung durch den Gemeinderat GR Geschäft Nr. 2/2014

Gemeinderatspräsident Patrick Schnider erläutert das Vorgehen betreffend vorläufigen Unterstützung der Einzelinitiative:

„Die Einzelinitiative wurde beim Ratsbüro eingereicht, welche die Stimmberechtigung des Initianten überprüfen liess. Diese wurde durch das Einwohneramt Dübendorf bestätigt. Wenn die Einzelinitiative von mind. 14 Ratsmitglieder die vorläufige Unterstützung erhält, wird sie an den Stadtrat überwiesen. Wenn die vorläufige Unterstützung nicht erreicht wird, gilt sie als gescheitert und wird als erledigt abgeschrieben.“

Diskussion

Hans Baumann (SP/Grüne)

„Im Namen unserer Fraktion möchte ich die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative Wohnlich beantragen und dies wie folgt begründen. Am 9. Februar hatten die StimmbürgerInnen der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach den Verkauf des Areals Wasserfurren an einen privaten Investor abgelehnt. Das gegnerische Komitee hatte sich gegen den Verkauf an den Meistbietenden ausgesprochen und sich als Alternative dafür eingesetzt, dieses Land im Baurecht abzugeben oder zu verkaufen, zum Zwecke des preisgünstigen Wohnungsbaus nach dem Prinzip der Kostenmiete. Für den Kauf des Areals hatten sich u.a. Baugenossenschaften wie auch die Stadt Dübendorf interessiert. Der private Investor hatte aber alle anderen Interessenten überboten und deshalb von der Sekundarschulpflege den Zuschlag erhalten. Inzwischen hat die Sekundarschulpflege noch nicht darüber entschieden, was mit dem Land weiter geschehen soll. Das Geschäft soll von der neu gewählten Behörde behandelt werden. Das geht aus der Antwort hervor, welche die Sekundarschulpflege an der kürzlich stattgefundenen Gemeindeversammlung auf die Anfrage von Flavia Sutter gab. Kaspar Wohnlich möchte mit seiner Initiative erreichen, dass die Stadt nochmals einen Versuch macht, dieses Land zu erwerben und hierfür mit der Sekundarschule Verhandlungen aufnimmt. Zweck des Kaufs durch die Stadt wäre gemäss Initiative die Verwendung des Areals für den preisgünstigen Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete. Damit soll die Stadt einem anderen Auftrag der StimmbürgerInnen vom 9. Februar nachkommen. Mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Initiative WOHNEN FÜR ALLE hatte sich die Bevölkerung dafür ausgesprochen, dass die Stadt preisgünstigen Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete fördert. Erweisen sich die Verhandlungen mit der Sekundarschule als erfolgreich, ergäbe sich für die Stadt eine Gelegenheit, diesem Auftrag nachzukommen. Damit es ganz klar ist: Die Einzelinitiative ist eine allgemeine Anregung, Verhandlungen wieder aufzunehmen. Wenn ihr, geschätzte Ratsmitglieder, die Initiative vorläufig unterstützt, muss der Stadtrat einen Antrag machen, ob und wie er die Initiative umsetzen will. Und wenn der Antrag lautet, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, ist offen, wie diese ausgehen. Die Sekundarschule kann auch nicht dazu gezwungen werden, das Land der Stadt zu verkaufen. Eine vorläufige Unterstützung ist also ein Auftrag des Parlaments, die Sache im Sinne der Abstimmungen vom 9. Februar weiterzuverfolgen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. In diesem Sinn bitte ich um Unterstützung der Initiative.“

Orlando Wyss (SVP)

„Mit der vorliegenden Einzelinitiative verlangt der Initiant, dass der Stadtrat Dübendorf Verhandlungen über den Kauf des Areals Wasserfurren aufnehmen soll, zwecks Kaufs der Landparzelle für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Der Initiant setzt sich mit dieser Einzelinitiative kurz nach dem Volksentscheid vom 9. Februar 2014 in krasser Weise über den Willen der Stimmbürger hinweg. Der Souverän hat klar signalisiert, dass das Areal Wasserfurren nicht überbaut werden soll. Denn um nichts



anderes ging es bei dieser Abstimmung. Hätten die Stimmbürger von Dübendorf und Schwerzenbach Wohnbauten gewünscht, hätten sie dem Verkauf zugestimmt, denn damit wären günstige Wohnbauten auf dem Areal Wasserfurren realisiert worden. In seiner abenteuerlichen Begründung weist er auf eine andere Abstimmung an diesem Abstimmungswochenende hin. Die Volksinitiative linker Kreise, welche unter dem Titel „Wohnen für alle“ zur Abstimmung gelangte, verlangte nach sozialistischer Manier Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete. Diese Initiative wurde aber vom Stimmbürger von Dübendorf klar abgelehnt. Da der Stadtrat und der Gemeinderat von Dübendorf mutlos diesem chancenlosen Unterfangen einen Wischi-Waschi-Gegenvorschlag zur Seite stellten und dieser verwässerte Eintrag in die Gemeindeordnung sogar vom Dübendorfer Stimmvolk angenommen wurde, weil er gut tönt und nichts bewirkt, bringt den Initianten nun auf die Idee, hier einen Zusammenhang zu seiner Einzelinitiative zu konstruieren. Die Gemeinde Schwerzenbach hat sich zur Frage von sozialem Wohnungsbau nicht äussern können. Wenn schon ein Zusammenhang mit einer gleichzeitig am 9. Februar 2014 abgestimmten Vorlage gemacht werden kann, dann mit der eidgenössischen Vorlage über die Masseneinwanderungsinitiative. Hier hat das Dübendorfer Stimmvolk klar signalisiert, dass sie gegen die immer weitergehende Zuwanderung mit der entsprechenden Überbauung von leerstehenden Grundstücken ist, im Wissen, dass schon an anderen Orten von Dübendorf, wie im Gebiet Dübendorf Nord, einige Projekte am Laufen sind. Ich habe mit einigen Leuten gesprochen, welche sich gegen den Landverkauf ausgesprochen haben. Alle haben ins Feld geführt, dass das Areal für die nächste Zeit freigehalten werden soll. Abenteuerlich ist diese Einzelinitiative auch aus dem Grund, dass der Stadtrat verpflichtet werden soll, eine Liegenschaft zu kaufen, welche der Verkäufer im jetzigen Zeitpunkt gar nicht verkaufen will. Denn die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach hat den Volkswillen ernst genommen und hat die Verkaufsabsichten für den Moment sistiert. Und stellen Sie sich einmal vor, der Initiant käme auf die Idee, dass der Stadtrat das Einfamilienhaus von Orlando Wyss kaufen sollte, weil es sich für die Unterbringung von Asylanten sehr gut eignen würde. Aus der Gesinnung des Initianten können Sie ersehen, wohin sozialistische Überzeugungen nicht nur im Wohnungsbau, sondern auch in der Frage des Eigentums führen können. Etwas hat der Initiant offen gelassen, nämlich die Frage des Kaufpreises. Seit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 ist es klar und auch amtlich beglaubigt. Das Areal Wasserfurren ist 35 Millionen Franken wert und die Sekundarschulpflege Dübendorf-Schwerzenbach darf dieses Landstück nicht unter diesem Preis verkaufen, wenn sie ihre Aufgabe ernst nimmt, als Exekutive die Interessen der Schulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach wahrzunehmen. Ich gehe davon aus, dass der Initiant und die hinter ihm stehenden treibenden Kräfte versuchen wollen, dieses Areal für 20 bis 25 Millionen Franken zu übernehmen. Anders wäre sozialer Wohnungsbau nach sozialistischer Lesart nicht umsetzbar. Dies würde aber nichts anderes bedeuten, als Diebstahl an der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach in Höhe von 10 bis 15 Millionen Franken. Vor allem die Gemeinde Schwerzenbach, welche von Wohnungen nicht profitieren könnte, aber bei dem in nächster Zeit anfallenden Umbau des Schulhauses Stägenbuck eine Steuererhöhung in Kauf nehmen müsste, würde mit so einem Deal über den Tisch gezogen. An dieser Stelle müssen wir noch einmal auf die Argumente der Gegner des Landverkaufs vor dem 9. Februar zu sprechen kommen. Es wurde ins Feld geführt, dass man das Tafelsilber nicht verscherbeln sollte. Auf dieses Argument sind einige Stimmbürger hereingefallen. Doch jetzt sieht man, dass das Tafelsilber sogar in der Höhe von 10 bis 15 Millionen Franken zum Nachteil der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach verscherbelt werden soll. Auch haben die Landverkaufsgegner behauptet, dass für den Umbau des Schulhauses Stägenbuck keine Steuererhöhung nötig wäre. Auch das war eine krasse Lüge, denn ein 30 Millionen-Projekt wird nicht ohne Steuererhöhung realisierbar sein. Und hier muss man die zwielfichtige Rolle der RPK Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach ansprechen. In einer eigenartigen Abstimmung kam die Ablehnung des Geschäftes Verkauf Areal Wasserfurren in der RPK zustande. Die RPK, welche aus der GRPK Dübendorf bestanden hat, machte in der Mehrheit als GRPK Dübendorf Sozialpolitik für Dübendorf gemacht, anstatt dass sie als RPK Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach Schulpolitik für die Gemeinden Dübendorf und Schwerzenbach machte. Sie machte auch keine Finanzpolitik, und wenn schon, dann eine sehr schlechte und für die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-



dorf-Schwerzenbach katastrophale. Vor der Abstimmung gab es vier Szenarien. Die Beste mit dem Verkauf des Areals zum abgemachten Verkaufspreis von 35 Millionen Franken. Nach dem ablehnenden Volksentscheid bleiben noch drei Szenarien übrig. Alle sind zum Nachteil der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach. Die Erste und Wahrscheinlichste ist die Weiterverpachtung des Areals über zehn Jahre zum Preis von 1'200 Franken im Jahr und einer resultierenden Steuererhöhung von ca. 5% für die Gemeinden Dübendorf und Schwerzenbach beim Umbau des Schulhauses Stägenbuck. Die Zweite wäre die Vergabe des Areals im Baurecht durch die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach selber, was diese aber ablehnt, weil Wohnbaupolitik nicht zu ihrem Auftrag gehört, wobei in diesem Fall Baurechtszinsen von ca. 700'000 Franken zu erzielen wären. Dies würde für den Schulhausumbau immer noch Steuererhöhungen von 4% nach sich ziehen. Und die Dritte, welche der von linken Kreisen vorgeschobene Initiant heute eingebracht hat, der Verkauf an die Stadt Dübendorf oder direkt an eine Wohnbaugenossenschaft zum Preis von 20 bis 25 Millionen, was zwar die Steuererhöhung auf etwa ein bis zwei Prozent reduzieren würde, aber die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach um 10 bis 15 Millionen Franken schädigen würde. Alle diese Szenarien sind zum Nachteil der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach. Ein anderes Szenario gibt es nicht und ist nicht möglich. Die RPK Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach wusste dies und hat mit ihrem Entscheid grobfahrlässig gegen ihre Aufgabe verstossen, welche gewesen wäre, die Interessen der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach wahrzunehmen. Aus diesem Grund verstehe ich nicht, wieso die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach keine Aufsichtsbeschwerde beim Bezirksrat gegen die RPK Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach eingereicht hat. Wie Sie aus meinen Ausführungen entnehmen können, ist diese Einzelinitiative ein weiterer Puzzlestein im Versuch der verantwortungslosen Mehrheit der damaligen RPK Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach, ihre sozialistisch gefärbte Wohnbaupolitik zugunsten der Stadt Dübendorf zum Durchbruch zu verhelfen. Dass diese Kreise nicht selber diesen Antrag gestellt haben, sondern den Initianten für ihr Vorhaben vorgeschoben haben, macht das Ganze nicht sympathischer. Vor allem die Gemeinde Schwerzenbach würde mit der Überweisung dieser Einzelinitiative regelrecht „beschissen“. Die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach muss Bildungspolitik betreiben und die Interessen der Schulgemeinde wahrnehmen. Aus diesem Grund ist diese Einzelinitiative nicht im Interesse der Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach. Mit einer Überweisung dieser Einzelinitiative würde der Gemeinderat Dübendorf die Nachbargemeinde Schwerzenbach über den Tisch ziehen und ich kann mir nicht vorstellen, dass dies im Interesse von verantwortungsvollen Politikern von Dübendorf sein kann. Aus diesem Grund lege ich Ihnen ans Herz, diese Einzelinitiative nicht vorläufig zu unterstützen.“

Patrick Schärli (CVP)

„Die CVP Fraktion ist nach intensiven Diskussionen zu der Meinung gekommen, dass die Initiative nicht nur nicht notwendig, sondern eher kontraproduktiv ist, da eine Verhandlung unter öffentlichem Druck und im allgemeinen Scheinwerferlicht für den Stadtrat eine nachteilige Ausgangslage ergibt und den Verhandlungsspielraum reduziert. Der Stadtrat hatte bereits in der ersten Runde bis zu einem Preis mitgeboten, der für eine Nutzung zu einer vernünftigen Kostenmiete Sinn macht. Die Sekundarschule ist nicht darauf eingegangen da sie an den Höchstbietenden verkaufen wollte. Dafür haben wir zum einen im Hinblick auf Schwerzenbach Verständnis. Zum anderen wird das Geld für die Sanierung Stägenbuck benötigt. Ein hoher Verkaufserlös würde den Druck auf die Steuerfussentwicklung reduzieren. In der Presse hat die Oberstufenschule erneut klar signalisiert, dass kein Spielraum nach unten besteht, was den Preis angeht. Verhandlungen kann es jedoch nur geben, wenn es eine Bereitschaft auf der Gegenseite gibt. Wenn das Areal zu einem Spitzenpreis gekauft werden muss, geht die öffentliche Hand spekulative Risiken ein, die ihr nicht zustehen. Im Übrigen steht ein Kauf zu Spitzenpreisen zusätzlich im Konflikt mit der geforderten Gemeinnützigkeit, da der spekulative Teil des Preises auch auf Wohnungen abzuwälzen wären, womit mit hoher Wahrscheinlichkeit die Preise nach Kostenmietprinzip entsprechend hoch ausfallen werden. Aus diesen Gründen kann die CVP Fraktion die Initiative nicht unterstützen.“



Daniel Brühwiler (glp/GEU)

„Dieses Geschäft hat in unserer Fraktion eine ziemlich lange und kontroverse Diskussion ausgelöst mit dem Ergebnis, diese Einzelinitiative nicht vorläufig zu unterstützen. Inhaltlich hätten wir nichts dagegen, wenn die Forderung der Initiative erfüllt würde. Im Kontext der jüngeren Geschichte des Areals Wassemmen halten wir die Einzelinitiative jedoch nicht für zielführend. Zuerst ist das gewählte Instrument der Einzelinitiative zu kompliziert, um den Stadtrat dazu zu bringen, Kaufverhandlungen aufzunehmen. Das Vorgehen mit vorläufiger Unterstützung, vielleicht definitiver Unterstützung und vielleicht Volksabstimmung ist aufwändig und dauert zu lange. Im Weiteren ist auch folgendes zu beachten: Wie man im Zusammenhang mit der Abstimmung über den Verkauf des Areals Wasserfurren der Presse entnehmen konnte, haben die von der Einzelinitiative verlangten Verhandlungen bereits stattgefunden mit dem Ergebnis, dass die Stadt Dübendorf zu wenig geboten hat und das Land nicht erwerben konnte. An dieser Konstellation hat sich grundsätzlich nichts geändert. Wenn mit der Einzelinitiative erreicht werden soll, dass die Stadt Dübendorf ein höheres Angebot für das Land macht als in der seinerzeitigen Verhandlung, dann sind wir dagegen. Wir haben immer klar gesagt, dass die Stadt Dübendorf nicht teures Land aufkaufen soll um es nachher quasi vergünstigt an einen gemeinnützigen Wohnbauträger abzugeben. Will die Einzelinitiative aber erreichen, dass die Sekundarschulgemeinde das Land zu den von der Stadt gebotenen Bedingungen abgibt, muss sie in der Sekundarschulgemeinde und nicht bei der Stadt Dübendorf eingereicht werden. Deshalb wird unsere Fraktion die Einzelinitiative nicht vorläufig unterstützen.“

Bruno Fenner (BDP)

„Nachdem die Initiative Wasserfurren sinnvoll nutzen von der Sekundarschulpflege Dübendorf-Schwerzenbach für ungültig erklärt wurde, mache ich mir keine all zu grossen Illusionen, ob wir mit der sympathischen Einzelinitiative von Herrn Wohnlich ans Ziel kommen werden. Wie sie alle wissen, machte der Stadtrat bereits im Vorfeld der Schulgemeinde ein gutes Angebot zu diesem Grundstück und andererseits wird die Schulpflege vermutlich nicht von ihren hohen Forderungen abweichen. Aber etwas Entscheidendes ist an der Abstimmung vom 9. Februar passiert (und das darf die Schulgemeinde nicht ausblenden). Die Mehrheit wollte das Land auch zu einem stolzen Preis (schlicht und weg) einfach nicht verkaufen. Die Dübendorfer wollen mitgestalten und mitbestimmen können was auf gemeindeeigenem Land gebaut wird oder eben auch nicht. Genau so wie bei der Abstimmung beim Hechtparkplatz. Ich hoffe, dass es jetzt auch der letzte in diesem Saal gemerkt hat, dass ein Landverkauf kurzfristig vielleicht interessant sein kann, aber überhaupt nicht nachhaltig ist. Viele Politiker denken nur an den schnellen Gewinn und an die nächsten Wahlen. Gefreut hat mich, dass auch der Stadtrat auf diese Linie eingeschwenkt ist und sich gegen Landverkäufe ausgesprochen hat. An einem Podium in der oberen Mühle vom letzten Sommer erläuterte Herr Bäumle die Strategie des Stadtrates und äusserte sich folgendermassen: "Die Stadt möchte wenn immer möglich das Land nur noch im Baurecht abgeben. Dies bringe der Stadt zwar keinen bedeutenden einmaligen Gewinn, wohl aber einen langfristigen Ertrag. Die Stadt versuche immer wieder, Land zu erwerben, ist aber nicht bereit, Maximalpreise zu bezahlen, sonst wirke die Stadt ebenfalls preistreibend". Ja, wo er recht hat er recht. Vernünftig wäre es, wenn beide Parteien sich in etwa in der Mitte ihrer letzten Angebote treffen würden. Weil die Hoffnung ja bekanntlich zuletzt stirbt werde ich die Einzelinitiative vorläufig unterstützen. Wenn die Sekundarschulgemeinde Dübendorf auf stur macht, müssen wir das Powerplay intensivieren und die Schulgemeinde endlich eingemeinden. In den letzten Jahren ist ein deutlicher Trend zur Bildung von Einheitsgemeinden festzustellen. Allein in den letzten zehn Jahren haben sich im Kanton Zürich über 40 Gemeinden zur Einheitsgemeinde zusammengeschlossen. Diesen Schritt hat die Primarschulpflege bereits hinter sich. Auch die Primarschule war im Besitz diverser Baulandparzellen. Die letzte habe ich noch als Schulpräsident im Wil für eine zukünftige Turnhalle gekauft. Alle diese Parzellen gehören heute der Stadt Dübendorf und das ist gut so. Momentan wird im Kantonsrat das neue Gemeindegesetz intensiv beraten. Die Diskussionen um die Schulgemeinden sind noch nicht abgeschlossen. Für mich sind Schulgemeinden ein Auslaufmodell ohne Zukunft. In der Einheitsgemeinde soll die Souveränität der Schule unter anderem dadurch gewahrt werden, indem die Oberstufenschulpflege eine selbständige Verwaltungsbefugnis erhält und sich wirklich um Ihr



Kerngeschäft Schule kümmern kann. Wie sagte doch Andreas Sturzenegger an der Schulgemeindeversammlung, das Erstellen und Verwalten von Wohnungen, Liegenschaftenbewirtschaftung, gemeinnützigem Wohnungsbau etc. gehöre nicht zum Kerngeschäft der Schule. Dem stimme ich absolut zu. Eine gewisse Überforderung bei diesem Geschäft ist offensichtlich nicht abzustreiten.

Also volle Konzentration auf die Schule. Ein Ja zur Einheitsgemeinde und fast alle Probleme wären gelöst. Aber versuchen wir es zuerst einmal mit der Einzelinitiative von Herrn Wohnlich. Aber eines ist sicher es werden weiten Schritte folgen. Ein Teil der BDP/EVP-Fraktion wird die Einzelinitiative unterstützen!“

Andrea Kennel (SP/Grüne)

„Orlando Wyss hat die GRPK angegriffen, weshalb ich jetzt nicht als Gemeinderatsmitglied sondern als GRPK-Präsidentin sprechen werde. Eine „eigenartige Abstimmung in der GRPK“ hat es Orlando Wyss genannt. Dass was die GRPK gemacht habe, sei unter dem Strich nicht rechtens – ansonsten wäre Orlando Wyss nicht auf die Idee gekommen, dass man die GRPK entsprechend beim Bezirksrat einklagen sollte. Ich habe bereits ein paar Mal versucht, Orlando Wyss zu erklären, finanztechnischen was die Beweggründe waren. Wie heute bemerkt, hat er diese bisher nicht verstanden. Mir ist es aber ein Anliegen, dass die anderen Anwesenden verstehen, wie und warum die GRPK gehandelt hat und dass die GRPK als RPK korrekt gehandelt hat. Es ging uns um die finanztechnische Frage. Und zwar gab es einerseits die Variante, ein Land zu verkaufen und andererseits die Variante, ein Land im Baurecht abzugeben.“

Andreas Sturzenegger (FDP)

„Ich stelle den Ordnungsantrag auf Unterbrechung des Votums von Andrea Kennel, da sie nicht zur Sache spricht.“

Daniel Brühwiler (glp/GEU)

„Es wäre schön, wenn dieser Ordnungsantrag bereits zum Votum von Orlando Wyss gekommen wäre.“

Abstimmung Ordnungsantrag Andreas Sturzenegger

Der Ordnungsantrag wird mit 25 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Andrea Kennel (SP/Grüne)

„Herzlichen Dank dem Parlament, dass sich die GRPK verteidigen darf. Die GRPK hat die vorhin erwähnten Varianten angeschaut. Bruno Fenner hat vorher die Unterschiede auch nochmals versucht zu erklären. Verkauf bedeutet ein kurzfristiger Gewinn – im Baurecht abgeben bedeutet langfristige regelmässige Einnahmen, ohne dass das Land am Schluss weg ist. Diese Überlegungen und der Unterschied zwischen dem kurzfristigem Gewinn für eine Generation und der langfristigen Rendite hat die GRPK bewogen, so zu entscheiden. Das waren die Argumente und diese haben nichts mit „G“ zu tun, sondern mit „R“. Und die Aufgabe einer RPK ist nun mal die finanztechnische Prüfung und nicht einfach ein Abnicken beim Finanzvorstand resp. Präsident in Personalunion.“



Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative stimmen 8 Ratsmitglieder

Beschluss

1. Die Einzelinitiative Kaspar Wohnlich „Kauf Areal Wasserfurren durch die Stadt Dübendorf zwecks Nutzung für preisgünstige Wohnungen nach dem Kostenmiete-Prinzip“ wird nicht vorläufig unterstützt und somit sofort abgeschrieben.

Der Einzelinitiant, Kaspar Wohnlich, meldet sich aus dem Publikum und will zu seiner Einzelinitiative Stellung nehmen. Der GR-Präsident weist ihn darauf hin, dass Voten aus dem Publikum nicht zugelassen sind und entzieht ihm das Wort.

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin